Frau
Katherina Reiche
Ministerin für Wirtschaft und Energie

11019 Berlin

Chemieregion Emscher-Lippe, 30.06.2025

Sehr geehrte Frau Ministerin Reiche,

in großer Sorge über die Zukunft der Chemieindustrie im nördlichen Ruhrgebiet und den damit verbundenen Verwerfungen wenden wir uns heute parteiübergreifend und in enger Abstimmung zwischen Politik und Wirtschaft an Sie.

Es geht dabei nicht nur um immerhin 15.000 direkt betroffene Arbeitsplätze im nördlichen Ruhrgebiet, sondern auch um eine große Zahl kleiner und mittelständischer Dienstleister und Zulieferbetriebe. Ein weiterer Verlust an Wertschöpfung in der Region hat auch Auswirkungen auf die Kaufkraft und die städtischen Haushalte. Erste Betriebsschließungen sind bereits beschlossen und wir fürchten eine Kettenreaktion noch in diesem Sommer, die für die Kommunalwahlen im September eine Erstarkung der Parteien außerhalb der demokratischen Mitte befürchten lassen.

Drei Entwicklungen lassen uns zu diesem außergewöhnlichen Schritt greifen:

Am 6. Februar kündigt der britische Weltkonzern BP an, seine Raffinerie in Gelsenkirchen verkaufen zu wollen mit dem Hinweis „Derzeit ist unser Raffineriestandort in Gelsenkirchen nicht wettbewerbsfähig. Wir sind zu komplex und – nicht nur dadurch – mit strukturell zu hohen Kosten belastet." (Arno Appel, Raffinerieleiter).

Bei der Mitgliederversammlung der Standortinitiative ChemSite e.V. (s. Anlage) erklärt der Standortleiter des Chemieparks Marl, Herr Basten, dass derzeit keine der Anlagen im Chemiepark zu mehr als 75% ausgelastet ist und entsprechend alle dort vertretenen Unternehmen am Standort Marl rote Zahlen schreiben und dauerhafte Anlagenschließungen drohen.

Am 17.6. verkündet der Chef des Weltunternehmens Ineos, Sir Jim Ratcliffe, die Schließung der Ineos-Phenolchemie in Gladbeck, obwohl erst 2023 die neue Cumolanlage in Marl eröffnet wurde, die Gladbeck auf besonders CO2-sparende Weise mit dem Grundstoff Cumol versorgt. „Dies ist die Folge der völlig fehlenden Wettbewerbsfähigkeit Europas im Energiesektor...die zu einer massiven Deindustrialisierung des Kontinents führt. Gladbeck ist nicht der erste und wird definitiv nicht der letzte Fall sein, sofern die Politik nicht aufwacht und entsprechende Maßnahmen ergreift."

Das Phenol-Werk in Gladbeck mit seinen 279 Mitarbeitern, die Raffineriestandorte in Gelsenkirchen sowie die Chemieanlagen in Marl, Herne sind über zahlreiche Pipelines physikalisch verbunden. So gibt es allein 14 Pipelines zwischen dem Chemiepark Marl und der Raffinerie Scholven in Gelsenkirchen. Nur durch diesen Verbund ist es überhaupt möglich, in Deutschland wettbewerbsfähig zu produzieren. Im Fall des Verbundes im nördlichen Ruhrgebiet gibt es neben der dringend benötigten Entlastung bei den Netzentgelten und der Stromsteuer eine weitere Entwicklung zu beachten, um eine Kettenreaktion zu verhindern.

Es bleibt eine offene Frage, wie eine Raffinerie, deren Wettbewerbsfähigkeit bisher aus der Kombination zwischen Kraftstoffproduktion für die Mobilität und Rohstoffproduktion für die Chemie bestand, weltweit wettbewerbsfähig bleiben kann, wenn eine der beiden Säulen wegfällt.

Eine der wenigen Wachstumschancen am Standort ist der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur. Das Wasserstoffkernnetz und das Projekt green motion steel mit einem geplanten 120 MW-Elektrolyseur in Marl, die beide über IPCEI gefördert sind, brauchen als Ankerkunden für grünen Wasserstoff die Direktreduktionsanlage von ThyssenKrupp in Duisburg.

Denn eines ist klar, die Investitionen in das Kernnetz und der Aufbau der damit verbundenen Erzeugungs- und Hafenkapazitäten für grünen oder blauen Wasserstoff sind überflüssig, wenn in der Zwischenzeit die Industrie als Verbraucher weggebrochen ist.

Wir wenden uns deshalb mit vier klaren Forderungen an Sie:

- Wir brauchen den Industriestrompreis jetzt als Feuerlöschaktion und als klares Signal der Politik an die Industrie, dass die neue Regierung tatsächlich einen Kurswechsel in der Energiepolitik vornimmt.
- Klimaschutzverträge für eine befristete Übergangszeit, die verhindern, dass aus der Transformation eine Schließung wird.
- Die Netzentgelte müssen dauerhaft reduziert werden, denn die Unternehmen brauchen nicht nur kurzfristige Entlastungen, sondern Planungssicherheit über zehn, mindestens aber fünf Jahre.
- Wir brauchen langfristige Abnahmeverträge für grünen Wasserstoff und Thyssenkrupp als Ankerkunden jetzt.

Es reicht deshalb nicht, einen Stahlgipfel zu organisieren, sondern wir brauchen einen grundsätzlichen Fahrplan für die Zukunft der Grundstoffindustrie und laden Sie dazu herzlich in Ihre alte Wirkungsstätte im Ruhrgebiet ein, erläutern unser Anliegen aber auch gerne zeitnah in Berlin. Es geht darum, die Petrochemie als Anker der Region in der Phase der Transformation in ihren Wertschöpfungsketten im Verbund zu erhalten und gleichzeitig den Aufbau eines neuen Verbunds mit Wasserstoff als Energieträger und Rohstoff aufzubauen.

Für Rückfragen stehen wir, aber auch der Verbund „ChemSite e.V." jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen, aber besorgten Grüßen

Karin Welge
OB Gelsenkirchen

Dr. Frank Dudda
OB Herne

Bodo Klimpel
Landrat Kreis Recklinghausen

Bettina Weist
BM Gladbeck

Werner Arndt
BM Marl